

# Mein

# NEWSLETTER aus Gemünden & Berlin

## Bernd Rützel

Mitglied des Deutschen Bundestages

AUGUST 2015

**Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,**

seit anderthalb Jahren prägt die SPD-Bundestagsfraktion die Politik in unserem Land. Mit Erfolg: Deutschland geht es gut. Seit dem vergangenen Jahr ist unsere Wirtschaft auf Wachstumskurs zurückgekehrt. Mit fast 43 Mio. Erwerbstätigen haben wir einen neuen Beschäftigungsrekord erreicht. Die Arbeitslosigkeit sinkt.

**Viele Verbesserungen, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lange gekämpft haben, werden im Alltag der Menschen spürbar:**

Mindestlohn. Frauenquote. ElterngeldPlus. Mehr Kindergeld und Kitaplätze. Rentenreform und bessere Leistungen in der Pflege. Mietpreisbremse. Doppelpass. Reform der Energiewende. Ein ausgeglichener Haushalt ohne neue Schulden.

Gleichzeitig: Milliardeninvestitionen in Bildung und Forschung, in Klimaschutz, Städtebau und Infrastruktur. Außerdem: Milliardenentlastung der Städte und Gemeinden für eine gute Daseinsvorsorge vor Ort.

Ohne die SPD-Fraktion wären diese Fortschritte nicht denkbar gewesen. Das Leben der Menschen konkret verbessern, unsere Gesellschaft modernisieren, die Wirtschaft auf Erfolgskurs halten und Deutschland voranbringen. Daran arbeiten wir weiter. **Gesagt, getan, gerecht!**

Kompromisse müssen sein, doch was wir als kleinerer Partner in der Koalition geleistet haben, kann sich sehen lassen. Aus unseren 25 Prozent haben wir wirklich richtig viel gemacht. Und wir haben noch viel vor!

Solidarische Grüße



## INHALT

- 2 ... Klartext: Streikrecht
- 3 ... Griechenland
- 6 ... Iranisches Atomprogramm
- 7 ... Erbschaftssteuer & TTIP
- 9 ... Betreuungsgeld
- 11 ... A3-Ausbau
- 12 ... Bundestags-Christbaum
- 13 ... Vor Ort unterwegs
- 18 ... MdL-Gastbeiträge

## KONTAKT/IMPRESSUM

### Bürgerbüro Gemünden

Obertorstraße 13  
97737 Gemünden  
Tel. 09351 6036563  
Fax 09351 6058298  
[bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel.mdb@bundestag.de)

### Büro Berlin

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030 227 73434  
Fax 030 227 76433  
[bernd.ruetzel@bundestag.de](mailto:bernd.ruetzel@bundestag.de)

[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

V.i.S.d.P.: Bernd Rützel, MdB  
Obertorstraße 13

# Aus dem **PARLAMENT**



## **KLARTEXT**

### **Dreister Angriff auf das Streikrecht**

Die bayerische Staatsregierung hat am 10. Juni einen Antrag zum Streikrecht in der Daseinsvorsorge in den Bundesrat eingebracht. Die bayerische Staatsregierung fordert darin, den Streiks im nicht genau definierten Bereich der Daseinsvorsorge zukünftig höhere Hürden aufzubürden als es bisher der Fall ist. Sie verlangt verpflichtende Ankündigungsfristen und Zwangsschlichtungen für diese Streiks. Das bedeutet pauschale Eingriffe in die Koalitionsfreiheit, die Verfassungsrang besitzt. Das ist mit der SPD nicht zu machen.

Die Zulässigkeit eines Eingriffs ins Streikrecht muss für jeden Einzelfall sorgfältig geprüft werden. Ein Arbeitskampf kann nicht generell – unabhängig von einer arbeitsgerichtlichen Prüfung der konkreten entgegenstehenden Grundrechte – erschwert oder verboten werden.

Mit dem Tarifeinheitgesetz hat die Koalition genau diesen Weg der Einzelfallprüfung beschritten. Es wurde nicht ins Arbeitskampfrecht eingegriffen. Stattdessen gilt weiterhin: Ob ein Arbeitskampf verhältnismäßig ist, entscheiden die Arbeitsgerichte durch Prüfung des konkreten Falls. Alles andere ist ein direkter und massiver Angriff auf das Streikrecht. Der Streik ist das stärkste Mittel der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. An diesem Recht dürfen wir nicht leichtfertig rütteln.

Es mag sein, dass Teile der CSU unzufrieden damit sind, dass es uns in der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit der Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles gelungen ist, mit dem Tarifeinheitgesetz die Zuständigkeiten der Gewerkschaften in einem Betrieb zu regeln ohne in das Streikrecht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzugreifen. Diese Frustration sollte jetzt allerdings nicht dazu führen, dass die CSU nun versucht, über den Bundesrat arbeitnehmerfeindliche Einschränkungen des Streikrechts durchzusetzen, die bereits im Gesetzgebungsverfahren zum Tarifeinheitgesetz von der Koalition verworfen wurden. Die SPD steht fest zum Grundrecht der Koalitionsfreiheit.

**Alle KLARTEXT-Beiträge in meinen Newslettern  
seit Oktober 2013 finden Sie Online unter  
[www.bernd-ruetzel.de/politik/positionen](http://www.bernd-ruetzel.de/politik/positionen)**

# Aus dem PARLAMENT



## EURO-RETTUNG IN GRIECHENLAND – NUR EINE PARTEI STEHT KLAR ZU EUROPA

Mit den Worten „Schwimmen Sie nicht zu weit raus“ hat Bundestagspräsident Norbert Lammert die Abgeordneten am 03.07. in die Sommerpause verabschiedet. Der Hinweis galt einer möglichen Sondersitzung wegen der Eurokrise in Griechenland. Es dauerte nicht lange, bis er uns für den 17.07. wieder einberief. Wir hatten zu entscheiden, ob die Bundesregierung ein Mandat erhalten sollte, um mit der griechischen Regierung über Bedingungen für weitere Finanzhilfen zu verhandeln.

Die Entscheidung ist mir nicht leicht gefallen. Zwar bin ich erleichtert, dass es gelungen ist, einen Kompromiss mit Griechenland zu erzielen und die griechische Regierung zu einem Nachweis ihrer Reformwilligkeit zu bewegen. Es darf aber auch keinen Verbleib Griechenlands im Euroraum um jeden Preis geben. Dennoch - der Schaden, der durch einen Ausstieg Griechenlands entstünde, wäre enorm.

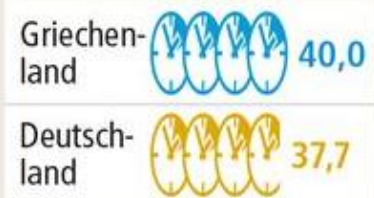
**Deutschland ist das wirtschaftlich stärkste Land in Europa. Gerade deswegen hätten wir bei einem Grexit und dessen Folgen am Meisten zu verlieren.**

Kein anderes Land profitiert so von der europäischen Einigung, vom Binnenmarkt und vom Euro wie wir. Hinzu kommt, dass eine Bewältigung der Krisen unserer Zeit nur möglich ist, wenn Europa geschlossen und gemeinsam agiert. Das gilt für die Situation in der Ukraine genauso wie für die Flüchtlingskrise, aber auch für globale Themen wie den Klimawandel. Ein Auseinanderbrechen Europas hätte schwerwiegende Folgen und muss deswegen vermieden werden.

Sigmar Gabriel hat in den vergangenen Wochen und Tagen immer darauf hingewiesen, wie wichtig es für Europa ist, dass Frankreich und Deutschland gemeinsam ihrer Verantwortung für Europa gerecht geworden sind. In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag am 17.07.2015 hat er betont, dass die Debatten um einen Grexit der Vergangenheit angehören müssen. Er fordert: „Kein Jammern und Klagen mehr über

## IV Die Wochenarbeitszeit

Tarifliche Wochenarbeitszeit  
2013 in Stunden



Quelle: EIRO

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 30

## V Die Schicht- und Sonntagsarbeit

Beschäftigte mit regelmäßiger ...  
in Prozent aller Beschäftigten  
im Jahr 2014


... Schichtarbeit



... Sonntagsarbeit



Quelle: EIRO

 Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 30

die Vergangenheit, keine Schuldzuweisungen, keine Vorwürfe und kein wiederkehrendes Spiel mit dem Austritt Griechenlands aus der Eurozone.“ Er erinnerte an das alte sozialdemokratische Konzept der Solidarität. Damit sei nie „Kumpanei“ gemeint gewe-

# Aus dem PARLAMENT



sen, sondern Verantwortung. Im Konflikt mit der griechischen Regierung gehe es um die Einhaltung dieser Form von Solidarität. Denn wenn Griechenland mit der Haltung Recht bekomme, ohne Gegenleistung permanent Hilfen einzufordern – und zu bekommen –, dann seien wir in einer Transferunion, warnte Gabriel. Viele andere Staaten würden das dann ebenfalls einfordern. Deshalb müsse es Reformen in Griechenland geben.

**Nachdem das griechische Parlament den Bedingungen der Euro-Gruppe für weitere Gespräche mit großer Mehrheit zugestimmt hatte, habe ich der Bundesregierung meine Stimme für ein Verhandlungsmandat geben.**

Sie hat jetzt die parlamentarische Legitimation für weitere Verhandlungen über die näheren Details eines ESM-Hilfsprogramms. Das Verhandlungsergebnis bedarf dann der erneuten Zustimmung des Deutschen Bundestages.

Erste Reformmaßnahmen wurden in Griechenland inzwischen beschlossen.

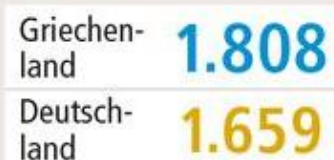
Weitere Maßnahmen müssen folgen. Wichtig ist außerdem, dass die griechische Regierung alles daran setzt, verlorenes Vertrauen wiederaufzubauen.

**Ich bin überzeugt, dass ein Programm zur Rettung Griechenlands funktionieren kann.**

Den Beleg, dass wirtschaftliche Anpassungsprogramme funktionieren, liefern nicht nur andere „Programmländer“ wie Irland, Portugal und Spanien, sondern in Ansätzen auch Griechenland selbst. Denn trotz aller Probleme, die es bisher bei der Umsetzung von Reformen gab, war 2014 in Griechenland eine positive Entwicklung erkennbar: Es gab erstmals wieder ein gewisses Wirtschaftswachstum, der griechische Staat konnte mit den laufenden Einnahmen zwar seine Schulden noch nicht zurückzahlen, aber immerhin schon wieder seine laufenden Ausgaben bestreiten. Es kam dann aber in den letzten zwölf Monaten zu einer Lockerung der Reformmaßnahmen, die zu einer Verschlechterung der Wirtschaftslage in Griechenland geführt hat.

## VII Das Jahrespensum

Tarifliche Jahres-Sollarbeitszeit für Vollzeitarbeitnehmer 2013 in Stunden



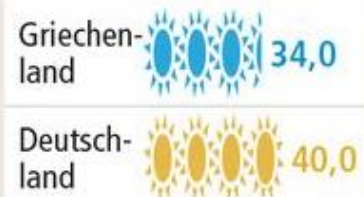
Quelle: EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 30

## VI Die Freizeit

Urlaubs- und Feiertage im Jahr 2013



Feiertage: solche, die auf Arbeitstage fallen

Ursprungsdaten:

EIRO

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 30

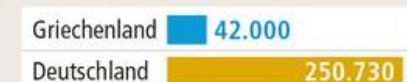
## VIII Die Einkommenssteuer

Spitzensteuersatz im Jahr 2014 in Prozent



Einkommensgrenze

für den Spitzensteuersatz 2014 in Euro



Ursprungsdaten:  
Bundesfinanzministerium

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · Iwd 30

# Aus dem PARLAMENT



Jetzt muss dringend an die vorherige positive Entwicklung angeknüpft werden. Mir ist bewusst, dass weitere Hilfen für Griechenland auch auf Kosten unserer Steuerzahler gehen werden. Die Zustimmung war deshalb für mich keine leichte Entscheidung.

Ich denke aber auch an die Menschen in Griechenland – nicht an die Regierung oder die Reichen und Mächtigen in diesem Land.

**Wir sind Europäer und das beinhaltet für mich, solidarisch füreinander einzustehen.**

Wenn die griechische Regierung durch die Zuspitzung der letzten Wochen endlich die Ernsthaftigkeit der Situation begriffen hat, dann bin ich weiter zur Solidarität mit den griechischen Bürgerinnen und Bürgern in der Europäischen Union bereit.

## MSP-FIRMA: 456.000 EURO FÖRDERGELDER

Ich freue mich sehr, dass Bundesumweltministerin Dr. Barbara Hendricks der Schmelzmetall GmbH aus Steinfeld-Hausen 456.733 Euro an Fördermitteln aus dem Umweltinnovationspro-



In den Juli legen viele bayerische Schulen ihre Klassenfahrten. Während in Berlin dann schon die Sommerferien begonnen haben, sind die Schülerinnen und Schüler aus dem Freistaat noch in Sachen politischer Bildung unterwegs. Allein am 14. Juli waren mehr als 80 Schülerinnen und Schüler mit den begleitenden Lehrkräften auf meine Einladung hin in Berlin. Die Realschule Arnstein war gleich mit zwei 9. Klassen nach Berlin gekommen (Foto). Mit beiden habe ich jeweils eine Stunde diskutiert. Vor allem die Situation in Griechenland wurde lebhaft und interessiert besprochen. Interessant war auch das Gespräch mit den Gästen der Dr.-Karl-Kroiß-Schule aus Würzburg. Deren Klassensprecherinnen hatten die Fahrt zu einem Großteil selbst organisiert. Außerdem waren zeitgleich auf meine Einladung Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Waldbüttelbrunn zu Gast in Berlin. Die Gespräche mit den jungen Leuten aus meiner Region sind stets eine Bereicherung für mich. Ich hoffe, dass auch die SchülerInnen das so empfinden.

gramm zuteilt. In einem neuartigen Schmelzmetallverfahren sollen erstmalig kleine Rundstangen umweltschonend hergestellt werden. Durch 80 Prozent weniger Energieverbrauch können fast 300 Tonnen CO<sub>2</sub>-Emissionen vermieden werden. Wie ich auch im Gespräch mit Barbara Hendricks geäußert habe, bin ich über-

zeugt davon, dass die Fördergelder bei der Schmelzmetall GmbH an der richtigen Stelle ankommen. Ich bin bereits seit längerem in Kontakt mit der Firma. Am 14. September werde ich die Firma in Steinfeld-Hausen besuchen und mehr über das innovative Verfahren erfahren.

# Aus dem PARLAMENT



## „STERNSTUNDE DER DIPLOMATIE“

*Beitrag von Außenminister Frank-Walter Steinmeier nach Abschluss der Wiener Vereinbarung über das iranische Atomprogramm. Erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (15.07.2015):*

Man muss kein Pathos bemühen, um die Wiener Vereinbarung über das iranische Atomprogramm historisch zu nennen.

**Es ist gelungen, eine politische Lösung für einen brandgefährlichen Konflikt zu finden,**

der die Welt bereits mehrfach an den Rand einer militärischen Auseinandersetzung gebracht hatte und mehr noch in Zukunft zu bringen drohte.

Die Vereinbarung bringt ein Mehr an Sicherheit für die Region und schließt einen Griff Teherans nach der Atombombe langfristig und nachprüfbar aus. Weitreichende Beschränkungen der iranischen Nuklearaktivitäten sind mit einem engmaschigen, umfassenden Kontrollregime abgesichert.

Im Gegenzug erhalten die Iraner sukzessive eine Lockerung,

Suspendierung und dann auch Aufhebung des vielschichtigen Sanktionsregimes, wohlgermerkt immer erst dann, wenn die von Teheran verlangten und vereinbarten Schritte der Begrenzung und Kontrolle des Atomprogramms verifiziert sind. Die damit verbundene Öffnung wird, da bin ich sicher, die Wirtschaft und die Gesellschaft des Iran tiefgreifend verändern und könnte zugleich ein neues Kapitel im Verhältnis Irans zum Westen aufschlagen.

Präsident Ruhani hatte den eingeschlagenen Weg echter Verhandlungs- und Veränderungsbereitschaft bereits 2013 bei den Präsidentschaftswahlen dem Votum seines Volkes vorgelegt.



Das Ergebnis war klar: Die meisten Menschen im Iran wollten das Abkommen, auch weil sie sich nach der damit verbundenen Öffnung nach innen und außen sehnen. Wir haben jedes Interesse daran, diese Entwicklungen zu stärken und unsere bilateralen Beziehungen mit Teheran neu zu beleben – politisch und wirtschaftlich, aber auch kulturell und zwischengesellschaftlich.

Es geht aber um noch mehr: Die Wiener Vereinbarung eröffnet dem Iran auch die einmalige Gelegenheit, jetzt, nach jahrzehntelanger Isolation und Konfrontation auf die Staatengemeinschaft zuzugehen. Sie lässt hoffen, dass sich in Teheran auch über Wien hinaus eine Politik durchsetzt, die im Mittleren Osten nicht mehr nur Gegner, sondern potenzielle Partner und Win-Win-Konstellationen sieht.

Mit dem E3+3-Format haben wir ein funktionierendes Verhandlungsformat geschaffen, das jahrzehntelange Sprachlosigkeit zwischen Iran und den USA überwinden half und gleichzeitig die großen internationalen Spieler zusammenrücken und gemeinsame

# Aus dem PARLAMENT



Interessen vertreten lassen hat. Vielleicht können wir jetzt das Momentum der historischen Einigung von Wien nutzen, um anderswo in der Region Versuche zu starten, die schweren Konflikte zu entschärfen.

## **Syrien: 10 Mio. auf der Flucht**

Nirgendwo wäre das dringlicher als in Syrien, wo der Bürgerkrieg nun im fünften Jahr unvermindert wütet. Zehn Millionen Menschen sind auf der Flucht, eine Viertelmillion ums Leben gekommen. Je länger der Konflikt andauert, desto mehr sind auch wir in Deutschland davon betroffen – nicht nur von Flüchtlingsströmen, die wir in diesem Ausmaß seit dem zweiten Weltkrieg nicht erlebt haben, sondern auch von der Ausbreitung von Terrorgruppen wie ISIS.

Die syrischen Fronten scheinen verhärteter denn je: militärisch genauso wie politisch. Was 2011 inmitten des Arabischen Frühlings vielen wie ein friedlicher Aufstand gegen Willkür und Unterdrückung erschien, hat schnell Züge eines ethnisch-konfessionell-ideologischen Stellvertreterkriegs angenommen, der auf

dem Rücken des syrischen Volks ausgetragen wird. Ausländische Kämpfer und zahllose islamistische Milizen bestimmen das Bild. Der syrischen Armee ist jedes noch so grausame Mittel recht, um Assads Machtanspruch zu verteidigen. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr, die Reste eines syrischen Gemeinwesens zu retten.

Das mag derzeit unendlich fern erscheinen. Aber die Wiener Einigung im Atomstreit hat gezeigt: Friedliche Konfliktlösungen sind möglich, selbst da, wo Misstrauen und sogar Feindschaft anfangs unüberwindlich scheinen. Das ist mühsam, und es verlangt Geduld und Beharrlichkeit. Aber es lohnt jede Mühe.

## **ERBSCHAFTSSTEUER: BUNDESVERFASSUNGS- GERICHTSURTEIL UMGESETZT**

Das Kabinett hat Anfang Juli einen Gesetzentwurf beschlossen, um endlich das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anzupassen.

Hintergrund des Gesetzentwurfs ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17. Dezember 2014, in dem einige Vergünstigungen und Steuererleichterungen, vor allem für die Erben und Beschenkten von großen und sehr großen Unternehmen (oder Teilen davon), als mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt wurden.

## **Die Vorstellungen von SPD, CDU, CSU unterscheiden sich bei der Erbschaftsteuer grundsätzlich voneinander.**

Daher konnten wir uns im Koalitionsvertrag nur wie folgt verständigen: „Die Erbschaftsteuer ermöglicht in ihrer jetzigen Ausgestaltung den Generationswechsel in den Unternehmen und schützt Arbeitsplätze. Sie bleibt den Ländern als wichtige Einnahmequelle erhalten.“

Vor dem Hintergrund der Entscheidung des BVerfG besteht zudem Einigkeit, das Erbschaft- und Schenkungsteuergesetz nur an den Stellen anzupassen, an denen das Gericht die Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz festgestellt hat.

# Aus dem PARLAMENT



**Das zentrale Anliegen der SPD ist eine gerechte Besteuerung von reichen Erben und der Schutz von Arbeitsplätzen bei Firmenübergängen.**

Das Eckpunktepapier von Bundesfinanzminister Schäuble vom Februar dieses Jahres hat das abgebildet und wurde von uns begrüßt. Auch wenn der Kabinetentwurf in einigen Punkten von den ursprünglichen Eckpunkten abweicht, werden unsere Ziele mit dem Entwurf erreicht:

Bei Erbschaften und Schenkungen großer und sehr großer Betriebsvermögen gibt es künftig keine automatische Begünstigung bei Betriebsfortsetzung mehr. Und auch das Privatvermögen muss für die Zahlung der Steuer einbezogen werden.

Missbrauchsmöglichkeiten und Schlupflöcher werden geschlossen, es zählt nur noch das betriebsnotwendige Vermögen.

**Und was wichtig ist und richtig: Erben von Kleinstbetrieben bis drei Mitarbeiter bleiben von der Steuer verschont, wenn sie den Betrieb fortsetzen. Das sind knapp 75 Prozent aller Betriebe in Deutschland.**

## SOZIALDEMOKRATEN VERHINDERN SCHIEDSGERICHE IN TTIP-RESOLUTION



Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses des Europaparlaments, war am Aschermittwoch in Würzburg, um zusammen mit der fränkischen Europaabgeordneten Kerstin Westphal das Thema TTIP mit der Unterfranken-SPD zu diskutieren.

Das Europäische Parlament hat Anfang Juli eine Resolution mit Forderungen an die laufenden TTIP-Verhandlungen verabschiedet (436 Ja-Stimmen, 241 Nein-Stimmen, 32 Enthaltungen). Angeführt von ihrem Berichterstatter Bernd Lange haben sich die europäischen SozialdemokratInnen in den vergangenen Monaten in entscheidenden Punkten durchgesetzt!

Diese Resolution ist nun die europäische Messlatte für TTIP. Die EU-Kommission sollte sich bei den Verhandlungen an diese Forderungen halten, wenn sie ihre künftige Handelspolitik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestalten will.

**Wir SozialdemokratInnen haben starke Arbeitnehmerrechte und den unmissverständlichen Schutz unserer öffentlichen Daseinsvorsorge sowie der kulturellen Vielfalt in der Resolution verankert.**

Die Absenkung von Standards für Verbraucher-, Umwelt- und Datenschutz ist nicht verhandelbar. Damit senden wir ein Signal, das weder die Europäische Kommission noch die amerikanische Administration ignorieren kann.

Der umstrittenste Teil des Textes, der Abschnitt zum Investitionsschutz, revolutioniert in seiner nun vom Europaparlament abgestimmten Fassung das System europäischer Handelsverträge.

**Die Zukunft von ISDS (= private Schiedsgerichte) ist seit der Resolution klar: Es gibt sie nicht.**



# Aus dem PARLAMENT



>> Keine geheim tagenden Tribunale.

>> Keine privaten Anwälte, die über Gesetze urteilen.

>> Keine Einschränkung von Regulierung im allgemeinen Interesse.

>> Keine Zahlungen an multinationale Unternehmen die verborgen bleiben.

Wir haben erreicht, dass sich das EU-Parlament für ein demokratisches, transparentes System ausgesprochen hat statt ISDS: Unabhängige Richter, von Staaten ernannt, vollständige Transparenz der Verfahren und eine Revisionsinstanz.

**Aus Schiedsstellen, die zum Missbrauch einladen, haben wir unabhängige Gerichte gemacht.**

Die Resolution hat eine Wirkung, die weit über TTIP hinausgeht: Die Prinzipien zum Investitionsschutz, die unsere Europaabgeordneten durchgesetzt haben, nehmen wir SozialdemokratInnen zum Maßstab für alle Abkommen, die uns vorgelegt werden.

**Mehr Politik:**  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

## DIE SACHE MIT DEM BETREUUNGSGELD

Das Bundesverfassungsgericht hat das Betreuungsgeld gekippt. Das finde ich gut. Die Diskussion, die jetzt wieder in den sozialen Netzwerken aufflammt, die befremdet mich aber immer mehr.

**Eines muss ich mal klar stellen: Wer gegen das Betreuungsgeld ist, ist doch nicht gegen eine Erziehung der Kinder zuhause.**

Gerade viele in meiner Generation und Ältere sind zuhause betreut worden. Deswegen sind wir weder bessere noch schlechtere Menschen geworden als die Kitakinder heute. Darum geht es auch gar nicht: Jede Familie soll für sich entscheiden, wie sie leben möchte. Der Staat hat nur dann einzugreifen, wenn das Kindeswohl gefährdet ist. Das sind aber Ausnahmen und nicht die Regel.

Fakt ist: Wir haben durch unsere Politik sowohl die Qualität als auch die Anzahl von Kinderbetreuungseinrichtungen in Deutschland deutlich erhöht. Das ist gut und richtig so, denn hier gab es Nachholbedarf gerade im Westen. Die CSU meinte dann:

Wenn ihr so viel Geld für Kitas ausgeben, müsst ihr auch denen Geld geben, die diese Kitas nicht nutzen.

Und genau das finden wir nicht. Es bekommt ja auch niemand eine Prämie dafür, dass er einen Pool oder Planschbecken zuhause hat und daher nicht das mit öffentlichen Mitteln geförderte Schwimmbad nutzt. Der Vergleich hinkt? Nein, tut er nicht. Denn genau darum geht es der CSU beim Betreuungsgeld. Wer staatliche Einrichtungen NICHT nutzt, der bekommt eine Prämie. Ob er dann seine Kinder - weil er sich das leisten kann - von einer Nanny erziehen lässt, sie vorm Fernseher parkt oder täglich stundenlang mit ihnen tolle Sachen unternimmt, das interessiert die CSU dann nicht mehr.

Uns aber schon. Denn wir wissen: Kindern tun ein paar Stunden im Kindergarten gut. Das Spielen mit Gleichaltrigen, das sich Einfügen in eine Gruppe, Rücksicht nehmen, gemeinsam etwas erleben. Das kann man zuhause nur in den seltensten Fällen genauso leisten. Und was andererseits der beste Kindergar-

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



ten nicht kann: die Eltern-Kind-Bindung stärken, das gemeinsame Erleben in der Familie ersetzen.

Warum muss man hier Kindergarten gegen Elternerziehung ausspielen? Das hilft werden den einen noch den anderen.

Wir als SPD wollen möglichst gute Kindergärten mit bestmöglich ausgebildeten ErzieherInnen. Dafür brauchen wir Geld. Und wir wollen Eltern, die Zeit haben für ihre Kinder und mit diesen möglichst viel gemeinsam unternehmen.

Das eine geht, ohne das andere zu lassen. Also sollten wir auch jedem sein Familienmodell lassen und nicht gegenseitig mit Fingern aufeinander zeigen.

Der Kindergarten kostet die Eltern, je nachdem wo man wohnt, monatlich einen dreistelligen Betrag. Wer das nicht will, spart im Jahr schon viel Geld.

**Die CSU-Propaganda, dass die SPD für einen Kita-Zwang wäre, ist dreist und geht völlig an der Realität vorbei.**

Wir wollen Kitas attraktiver, besser machen. Ja, das schon.

Aber wir wollen niemanden dazu zwingen, sein Kind dorthin zu geben. Das muss man an dieser Stelle auch mal deutlich sagen.

## ZU BESUCH BEI DER ST. KILIAN-SCHULE LOHR



Mitte Juli besuchte die Abschlussklasse der St. Kilian-Schule Lohr auf meine Einladung hin Berlin. Weil ich selber nicht in der Hauptstadt sein konnte, habe ich die Schule vorher besucht. Für die St. Kilian-Schule war es die erste Begegnung mit einem Bundestagsabgeordneten und auch das erste Mal, dass ihnen

eine Berlin-Fahrt über den Deutschen Bundestag ermöglicht wurde.

Mit dabei war die Erste Schülersprecherin der St. Kilian-Schule, Jasmin Streiber, die sich auch als Zweite Bezirksschülersprecherin

engagiert. Auf die Frage: „Wie sind Sie Politiker geworden?“, habe ich meinen politischen Werdegang geschildert und hinzugefügt: „Jasmin, wir sind sozusagen Kollegen, denn Du setzt Dich schon jetzt politisch handelnd für die Belange der Schüler Deiner Schule und in der Region ein.“ Ein aus Schülersicht weite-

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



res wichtiges Thema kam noch zur Sprache: „Was tun Sie, um die Inklusion voranzutreiben?“ Teilhabe und zum Teil erlebte Ungleichbehandlung von Menschen mit Handicaps beschäftigte die SchülerInnen der neunten Jahrgangsstufe, die gerade ihren Abschluss erreicht haben, in den letzten Monaten nachhaltig.

Das Gespräch mit den jungen Leuten war auch diesmal wieder ein besonderes Erlebnis für mich. Ich freue mich über das Interesse an der Politik und die Neugierde, die sie auf mich als Person und als Politiker haben. Und ich hoffe, ihnen vermitteln zu können, dass Politik nichts Entferntes ist, sondern ganz nah und oft sehr dicht am eigenen Alltag.

Ein schöner Zufall, dass ich die Schule gerade in der Kiliani-Woche besuchte, die vor allem in Würzburg rund um den Kilianstag am 08.07. gefeiert wird.

**Mehr Politik:**  
[www.bernd-ruetzel.de](http://www.bernd-ruetzel.de)

**Tagesaktuelles (auch ohne Facebook-Zugang!!):**  
[www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](http://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

## **A3, ABSCHNITT MARKTHEIDENFELD- HASELTALBRÜCKE: AUSBAU GESICHERT**

Unmittelbar nach Freigabe der Haushaltsmittel für Infrastrukturinvestitionen des Bundes für die Jahre 2014 bis 2018 hat Bundesminister Alexander Dobrindt Ende Juli in Berlin über die in das Programm aufgenommenen Bundesfernstraßen-Projekte informiert. Ein Programmschwerpunkt in Bayern: der weitere 6-streifige Ausbau der A3.

### **Mit dem Ausbau der A3 auf zwei Bauabschnitten profitiert Unterfranken vom Infrastrukturprogramm des Bundes.**

Der Abschnitt AS Marktheidenfeld – Haseltalbrücke wird auf einer Länge von 5,2 km für 53 Millionen Euro ausgebaut. Außerdem wird der Abschnitt Haseltalbrücke – Rohrbrunn für 74 Millionen Euro auf sechs Fahrstreifen erweitert.

Gut, dass es auf der A 3 weitergehen kann. Sie ist eine der höchstbelasteten Autobahnen im deutschen Fernstraßennetz. Nicht nur für den Transitverkehr

ist es wichtig, dass der Verkehr rollt – auch und gerade für die BürgerInnen unserer Region ist die Beseitigung von Engpässen eine Erleichterung.

Die Regierungskoalition hat den Bundesetat für Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur in diesem Jahr nachhaltig erhöht. Sie löst damit den unter der Vorgängerregierung aufgelaufenen Investitionsstau auf. Zu den 5 Milliarden Euro, die bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden waren, kommen jetzt weitere 3,1 Mrd. Euro aus dem Investitionsförderpaket hinzu. Diese Projektliste wird in den nächsten Jahren fortgeschrieben. Dann sollen weitere Projekte, für die Baurecht besteht, gefördert werden.

Bundesminister Dobrindt hat außerdem angekündigt, die LKW-Maut im Jahr 2018 auf alle Bundesstraßen auszudehnen. Auch das ist eine gute Nachricht für unsere Region. Der Maut-Ausweichverkehr stellt eine enorme Belastung dar. Die Ausweitung der LKW-Maut wird deshalb von uns schon lange gefordert.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## CHRISTBAUM IM REICHSTAG WIRD VON MAINFRÄNKISCHEN WERKSTÄTTEN GESCHMÜCKT



Am 20. Juli besuchte ich die Mainfränkischen Werkstätten in Würzburg. Dafür gab es einen ganz besonderen Grund: Einrichtungen der Lebenshilfe schmücken in jedem Jahr den Weihnachtsbaum im Berliner Reichstagsgebäude. In diesem Jahr fällt diese Ehre auf mein Betreiben hin den Mainfränkischen Werkstätten zu.

**Ich freue mich sehr darüber, dass in diesem Jahr Schmuck aus meiner Heimat den Christbaum im Parlament schmücken wird.**

Schon jetzt produzieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Main-Spessart und Würzburg fleißig den Schmuck, der dann im Advent im Deutschen Bundestag



zu bewundern sein wird. Doch damit nicht genug: Ein Bus voller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird nach Berlin kommen, um den Baum im Beisein vieler Minister und Abgeordneten, vielleicht auch der Kanzlerin sowie viel Presse selbst zu schmücken. Ein Konzert der Band Mosaik wird es dann auch noch geben. Darauf freue ich mich besonders.

Während einer Führung durch die Einrichtung, welche mit knapp 420 Beschäftigten bundesweit die größte im Verband der Lebenshilfe ist, konnte ich bereits einen Eindruck davon gewinnen, welche Schmuckstücke dort entstehen und den Baum zieren werden.

Mit dem Geschäftsführer der Unternehmensgruppe, Herrn Dieter Körber, und dem Technischen Leiter Peter Estenfelder sprach ich zudem über die vielfältigen Aufgaben und Ziele dieser Einrichtung, Pläne für die Zukunft wie den Neubau eines Ersatzes für die bisherige Gemündener Einrichtung und Fragen von Inklusion und Integration.

Die Arbeit, die die Mainfränkischen Werkstätten leisten, ist äußerst wichtig kann gar nicht genug gewürdigt werden. Ich freue mich darauf, dass Ende des Jahres meine Berliner Kolleginnen und Kollegen davon auch einen Eindruck bekommen werden.

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## BEIM BDKJ

Zu einem Gespräch mit Vertretern des Diözesanverbandes des BDKJ, des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, traf ich Mitte Juli im Würzburger Kilianeum. Ziel des Treffens war, sich gegenseitig kennenzulernen und über aktuelle politische Themen auszutauschen.

Die Themen des Gesprächs waren dabei äußerst vielfältig. Sie reichten von der Asyl- und Flüchtlingspolitik über Freihandelsabkommen und Generationengerechtigkeit bis hin zum Bundeskinderschutzgesetz.

Ich finde es wichtig, dass junge Menschen sich informieren, sich eine Meinung bilden und sich einmischen. Ohne Engagement kann Demokratie nicht funktionieren.

Die Arbeit von Verbänden wie dem BDKJ ist äußerst wichtig für unsere Gesellschaft. Ich danke den Vertretern des BDKJ daher sehr herzlich für dieses äußerst intensive, informative und interessante Gespräch und hoffe, dass mehr junge Menschen sich in ähnlicher Weise engagieren - auch in Parteien.

Die Gastgeber nutzten dabei die Gelegenheit, um mir ihre Strategie „U28 - Die Zukunft lacht“ vorzustellen, die Politiker dazu einlädt, Themen aus dem Blickwinkel junger Menschen zu betrachten. Die Frage, ob ich mir vorstellen könne, daran teilzunehmen, beantwortete ich mit einem klaren „Selbstverständlich!“.

**Tagesaktuelle Infos  
auch ohne Facebook-Account:  
[www.facebook.com/  
BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)**

## FEIERLICHE WIEDERERÖFFNUNG DER AMORBACHER ABTEIKIRCHE

Mehrere Jahre lang konnten in ihr keine Veranstaltungen mehr stattfinden. Nun wurde die Abteikirche in Amorbach mit einem öffentlichen Festgottesdienst wieder ihrer Bestimmung übergeben. Der EKD-Ratsvorsitzende und bayerische Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm (Foto, mit dem örtlichen SPD-Fraktionschef Wolfgang Härtel) hielt die beeindruckende Predigt. Den anschließenden Empfang habe ich genutzt, um mit örtlichen Würdenträgern ins Gespräch zu kommen. Glanzstück des Gebäudes ist die von Johann Phillip und Johann Heinrich Stumm errichtete berühmte Orgel, deren Gehäuse von den Gebrüdern Schäfer aus Karlstadt geschaffen wurde.



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## SCHNAPPSCHÜSSE

Bestes Wetter beim Altstadtfest in Würth am 18. Juli. Hier beim interessanten Gespräch am Stand der AWO:



„Der brave Mensch denkt an sich selbst zuletzt.“ (Schiller): Ehrungen im Landratsamt durch Landrat Jens-Marco Scherf für 19 Menschen, die den Landkreis Miltenberg bereichert haben. Dabei auch Dr. Ulrich Schüren, der 18 Jahre dem Kreistag angehörte und die Fraktion der SPD führte. Herzlichen Glückwunsch auch von mir!



Anfang Juli besuchten mich zehn Schülerinnen und Schüler der Graf-zu-Bentheim-Schule des Blindeninstituts Würzburg im Reichstag, wo sie zunächst auf der Besuchertribüne des Plenarsaals einen Vortrag über den Bundestag hörten. Anschließend traf ich mich mit ihnen zum Gespräch. Nach einem Austausch über das bisherige Programm der Gruppe und die Sehenswürdigkeiten von Berlin erzählte ich aus meinem Arbeitsalltag als Bundestagsabgeordneter und sprach mit der Gruppe über die Ziele der SPD-Fraktion beim kommenden Bundesteilhabegesetz. Außerdem zeigte ich der Gruppe zwei Tastmodelle des Bundestags und seiner Umgebung, die sehr hilfreich waren. Der obligatorische Gang auf die Kuppel durfte natürlich auch nicht fehlen.

Mitte Juli war ich bei der 7. Bayerische Holzurückemeisterschaft mit Pferdesegnung in Rieneck zu Gast. Kraft, Ausdauer, Gefühl und Konzentration wird von Mensch und Tier gleichermaßen verlangt. In der SOS-Dorfgemeinschaft arbeiten behinderte Menschen mit den Kaltblütern im Wald.



Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



Der 24. Juli hatte mal wieder ein abwechslungsreiches Programm für mich: erst morgens erfolgreich das Sportabzeichen abgelegt, dann Schulfest im Friedrich-List-Gymnasium, danach Eröffnung der Spessartfestwoche in Lohr mit einem märchenhaftem Plausch mit Schneewittchen und zum Abschluss des Tages Komersabend zum 60. Jubiläum des Angelsportvereins Gemünden.



Auf dem Weinfest in Homburg am Main Ende Juli gab es am Tisch vor allem ein Thema: die Asylpolitik. Die Hilfsbereitschaft vor Ort ist groß und die Stimmung gut. Hier stoße ich mit der Weinprinzessin Linda Dornbusch auf ein schönes Fest an.

Mehr auf [www.facebook.com/BerndRuetzelMdB](https://www.facebook.com/BerndRuetzelMdB)

Am 23. Juli war ich in Lohr im Franz-Ludwig-von-Erthal-Gymnasium und diskutierte mit den Schülerinnen und Schülern über die aktuelle Politik. Gute Diskussion, professionell von den SchülerInnen vorbereitet! Solche Termine gefallen mir besonders gut!



Es gibt bei Euch/Ihnen vor Ort Barrieren im Alltag? Barrieren für Geh- und/oder Sehbehinderte? Für Eltern mit Kinderwägen? Barrieren, die man unbedingt beseitigen muss?

Dann die Aktion der BayernSPD unterstützen: Foto davon machen und auf [www.bayern-barrierefrei.de](http://www.bayern-barrierefrei.de) hochladen!

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## NEU IM LANDESVORSTAND



Bei den Wahlen zum Landesvorstand der BayernSPD auf dem 66. Landesparteitag in Hirschaid konnten sich alle drei unterfränkischen BewerberInnen im ersten Wahlgang durchsetzen.

Marietta Eder aus Schweinfurt und meine Bundestagskollegin Sabine Dittmar aus Maßbach behaupteten ihr Mandat und wurden wiedergewählt. Neu gewählt in den Landesvorstand bin ich. Bislang war ich als Bezirksvorsitzender der UnterfrankenSPD kooptiertes Mitglied, jetzt bin ich mit Sitz UND Stimme dort vertreten.

Bayernweit werden die Arbeitsgemeinschaften der Frauen (AsF)

von Ursula Kirmeier (Schweinfurt) und die Jusos von Laura Wallner aus Würzburg vertreten.

Doris Aschenbrenner ist als netzpolitische Sprecherin in den Vorstand kooptiert.

**Herzlichen Glückwunsch allen Gewählten! Auf gute Zusammenarbeit zum Wohle unserer Heimat!**

## GRENZÜBERSCHREITEND AKTIV

Die Ortsvereine Kreuzwertheim (Bayern) und Wertheim (Baden-Württemberg) laden regelmäßig zu ihrer gemeinsamen Veranstaltungsreihe „Grenzüberschreitungen“ ein. Ende Juli war ich mit meiner baden-württembergischen Bundestagskollegin Dorothee Schlegel vor Ort. Erst ging es gemeinsam zur Diakonie, dann wurde es heiß: Wir besichtigten die Kurtz Eisenguss GmbH & Co KG in Hasloch und durften hautnah beim Gießen einer Form dabei sein. Für uns war es wichtig zu sehen, wie ein Unternehmen

den technischen Wandel aktiv angeht und wie es für „Industrie 4.0“ auch die Belegschaft mitnimmt.

Am Abend dann saßen wir gemeinsam auf dem „Roten Sofa“ und diskutierten auf einer öffentlichen Veranstaltung der beiden Ortsvereine die überregionale Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg, den ÖPNV und eine bessere Förderung des ländlichen Raums insbesondere für die anstehenden Herausforderungen, die der demographische Wandel von den Schulen bis hin zur Seniorenbetreuung bringen wird.





Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## LISAS POST AUS DEN USA



Ein Jahr in den USA leben, studieren und arbeiten – diese einzigartige Kombination bietet das Parlamentarische Patenschaftsprogramm (PPP). Auf meine Einladung mit dabei: Lisa Bonengel. Hier ihr letzter Beitrag, im August geht es nach Hause:

**Mein Austauschjahr** mit dem PPP geht zu Ende und es war alles andere als langweilig: Studieren an einem amerikanischen College, ein Praktikum bei einem Kongressabgeordneten, Arbeiten in einem deutsch-amerikanischen Unternehmen, Freiwilligenarbeit mit geistig behinderten Studenten, Singen in einem amerikanischen Frauenchor, über 30.000 Meilen Reisen in mehr als 30 Bundesstaaten und nicht zuletzt das alltägliche Leben mit meiner Gastfamilie und Freunden. An dieser Stelle bleibt mir nur noch Eines zu sagen: Danke Bernd, dass Du mir diese unglaubliche Erfahrung ermöglicht hast, dass ich einige meiner USA-Eindrücke in Deinem Newsletter mitteilen durfte und vor allem, dass Du so ein toller PPP-Pate warst!



**My exchange year** is coming to an end, and it was anything but dull: studying at an American college, an internship with a Congressman, working in a German-American company, volunteering with students with special needs, singing in a women's choir, traveling over 30,000 miles to more than 30 different states and last but not least the daily life with

my host family and friends. At this point there is only one thing left to say: Thank you Bernd, for giving me a chance to undergo this incredible experience, and that I was able to share some of my impressions in your newsletter and above all, that you were such a great PPP mentor to me!

Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



## MdL VOLKMAR HALBLEIB

Haushaltspolitischer Sprecher und Parl. Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordneter für WÜ-Land und Betreuungsabgeordneter für Kitzingen

## SÖDERS POLTERN KOMMT BAYERNS STEUERZAHLER TEUER ZU STEHEN.

Der zwischen dem Freistaat und Österreich besprochene Vergleich über die Rechtsstreitigkeiten im Zusammenhang mit der Hypo Group Alpe Adria ist nach meiner Einschätzung ein schlechtes Ergebnis: Wir haben rund 1,5 Milliarden Euro verloren. Noch vor wenigen Monaten versicherte Finanzminister Söder, 2,7 Milliarden Euro Rückzahlungen aus Österreich seien sicher. Jetzt sind davon nur noch 1,2 Milliarden

Euro übrig. Die von Herrn Söder erzielten Ergebnisse bleiben - wie so oft - hinter seinen Worten weit zurück.

Zu kritisieren ist vor allem das Auftreten des Ministers in den Verhandlungen: Erst markiert er breitbeinig den Superhelden, brüllt: „I want my money back“ und schlägt die Tür zu. Doch Monate später muss er sich kleinlaut runterhandeln lassen. Söder hat wertvolle Zeit verstreichen lassen, in der die österreichische Pleitebank immer weniger wert wurde. Und wer muss für seine Verhandlungsfehler aufkommen? Die bayerischen Steuerzahler.

Insgesamt summieren sich die Verluste für die Bürgerinnen und Bürger im Freistaat durch das von der CSU verursachte Landesbank-Desaster auf momentan neun Milliarden Euro. Das ist wahrlich ein Drama und wahrlich keine gute Bilanz.

Ihr

Volkmar Halbleib, MdL

### Bürgerbüro Volkmar Halbleib

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 59384 | Fax: 0931 53030  
E-Mail: volkmar-halbleib@bayernspd-landtag.de



## MdL Martina Fehlner

Tourismuspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Abgeordnete für AB-West und Betreuungsabgeordnete für AB-Ost und Miltenberg

## Barrierefreiheit im Tourismus muss noch stärker forciert werden

Liebe Leserinnen und Leser, die im Juli vollzogene Einführung der bundesweit einheitlichen Kennzeichnung „Reisen für Alle“ auch in Bayern begrüße ich ausdrücklich. Ich weise aber darauf hin, dass der barrierefreie Ausbau tourismusrelevanter Infrastruktur noch wesentlich stärker vorangetrieben werden muss, um als Top-Destination wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine einheitliche Kennzeichnung barrierefreier Angebote ist wichtig, um Reisenden eine übersichtliche

# Vor Ort in

# UNTERFRANKEN



und verlässliche Orientierung über die Angebotssituation vor Ort zu ermöglichen.

Barrierefreiheit ist im Tourismus ein immer stärker werdender Wettbewerbsfaktor. Ältere Reisende bilden eine wachsende Zielgruppe: Während ein Teil der stets mobiler werdenden Senioren zwingend auf eine barrierefreie Reise- und Servicekette zum und am Urlaubsort angewiesen ist, sieht ein Großteil der älteren Reisenden darin ein willkommenes Komfort- und Qualitätsmerkmal – eine Chance für das Tourismusland Bayern.

Doch profitieren von barrierefreien Reiseangeboten alle Gäste, nicht zuletzt auch Eltern mit Kinderwagen. Das beginnt bei den Bahnhöfen, führt über den Zugang zu Tourist-Informationen und reicht bis hin zu einem Netz barrierefreier Wanderwege und den hürdenlosen Zugang zu Gaststätten.



Foto: Katrin Heyer

## MdL GEORG ROSENTHAL

Sprecher der unterfränkischen SPD-  
Abgeordneten im Bayerischen Landtag,  
Abgeordneter für Würzburg-Stadt und  
Betreuungsabgeordneter für MSP

### Mit dem Abzug des Staatsarchivs aus Würzburg droht der Region der Verlust ihres kulturellen Langzeit-Gedächtnisses

Während in Bamberg oder Landshut die staatlichen Archive mit Sanierungen oder Neubauten aufgewertet werden, hat die Staatsregierung in Würzburg den gegenteiligen Weg eingeschlagen: Ende Februar hat das Heimatministerium beschlossen, die beiden Standorte des Staatsarchivs nach Kitzingen zu verlagern. Das Ministerium nimmt damit der Region Würzburg ihr kulturelles Langzeit-Gedächtnis. Zum Glück formiert sich Widerstand. Bei einem von mir organisierten Bürgergespräch nutzten erstmals Wissenschaftler, Heimatforscher

und Lehrer das Forum, um ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

Auch die Universität spricht sich für einen Erhalt des Archivs aus: So bezeichnete etwa der Vizepräsident Wolfgang Riedel den gewachsenen Archivverbund von staatlichem, städtischem und Diözesanarchiv als „zentralen Baustein der Forschungslandschaft in Würzburg“.

Im Staatsarchiv befinden sich so wichtige Archivalien wie die unterfränkischen Gestapo-Akten, Dokumente zur jüdischen Geschichte oder zur Geschichte des Fürstbistums aus der Zeit vor der Säkularisation. Knapp 24 Regalkilometer Archivgut und 8 Millionen Einzelbestände würden aus Würzburg verschwinden.

Die Kosten belaufen sich auf etwa 20 bis 30 Millionen Euro. Für dieses Geld ließe sich doch für Kitzingen eine wirtschaftlich sinnvollere Lösung finden. Ein wissenschaftliches Archiv gehört dorthin, wo auch geforscht wird!

#### Abgeordnetenbüro Martina Fehlner, MdL

Goldbacher Straße 31, 63739  
Aschaffenburg, Tel: 06021 22244,  
Fax: 06021 451604,  
[buergerbuero@martina-fehlner.de](mailto:buergerbuero@martina-fehlner.de)

#### Abgeordnetenbüro

#### Georg Rosenthal

Semmelstraße 46, 97070 Würzburg  
Tel: 0931 99110-161, Fax: -162  
[buergerbuero@georg-rosenthal.de](mailto:buergerbuero@georg-rosenthal.de)